



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Mitteilungen der Deutschen Volksräte Posen und Westpreußens, Nr. 15

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Mitteilungen

der Deutschen Volksräte Pommerns und Westpreußens

Nr. 15

Verantwortlich: **Carl Georg Bruns**
Schriftleitung: **Bromberg, Welzienplatz 1 III**
Fernruf Nr. 321

18. Juni 1919

Inhalt: In Ostdeutschland — Materialien zur ostdeutschen Frage: Die wirtschaftliche Bedeutung Westpreußens für das deutsche Volk. Der Kreis Meseritz — Aus den deutschen Volksräten — Pressestimmen: 1. Deutsche Presse. 2. Ausländische Presse — Kleine Nachrichten.

In Ostdeutschland

Sommer 1919

(Melodie: Burschen heraus)

Blühendes Land,
Drüber der Himmel sein Blauzelt spannt.
Gold wird das Korn in der Sonne Geglitz, —
Herzliebe Heimat, wir glühen dir heiß!
Fruchte uns Land! —

Wolken erbau'n
Zukunftsträume über den Au'n.
Halten wir treu und zäh dich fest,
Stürzt uns kein Sturm von Süd und West!
Aufwärts im Schau'n!

Fühlet die Kraft,
Der nur erliegt, der feige erschläfft!
Saft stieg wieder ins deutsche Holz.
Ostland — Deutschtum, recke dich stolz!
Brauche die Kraft!

Carl Meißner

Materialien zur ostdeutschen Frage

Die wirtschaftliche Bedeutung Westpreußens für das deutsche Volk

Von polnischer Seite wird gegenwärtig vielfach die Meinung verbreitet, als ob für Westpreußens Bestand eine enge Verknüpfung mit dem polnischen Wirtschaftsleben notwendig sei. Es soll nicht geleugnet werden, daß geordnete politische

und wirtschaftliche Beziehungen den Handel zwischen dem deutschen Weichselgebiet und seinem polnischen Hinterlande für beide Teile befruchten und beleben könnten. Mit allem Nachdruck muß jedoch darauf hingewiesen werden, daß die wirtschaftlichen Beziehungen Westpreußens zum übrigen Deutschen Reiche weit engere sind als zu Polen. Das Gedeihen der Provinz beruht auf der weiteren Zugehörigkeit zum deutschen Wirtschafts- und Zollgebiet, aus dem es die wichtigsten Erzeugnisse der westlichen Industrie bezieht, ohne daß jemals Polen einen hinreichenden Ersatz hierfür bieten könnte. Westpreußen ist ein bedeutendes Absatzgebiet der west- und mitteldeutschen Gewerbe, dessen Fortfall sich sogleich im gesamten Reich bedeutsam bemerkbar machen würde. Noch schwerwiegender wäre jedoch der Verlust der Ostmark für die künftige Ernährung des deutschen Volkes.

Ost- und Westpreußen, Posen und Schlesien stellen die größten Ausfuhrgebiete landwirtschaftlicher Erzeugnisse dar. Der Besitz der Ostmark ist somit für das deutsche Volk unentbehrlich.

Der Gesamtgüterverkehr Westpreußens mit dem Deutschen Reiche ist sehr umfangreich; er betrug nach den Aufzeichnungen des Statistischen Amtes über die Güterbewegung auf deutschen Eisenbahnen in den Jahren 1913 (1912) 4916545 (4727443) Tonnen; davon entfielen auf die Einfuhr 3377588 (3059965) und auf die Ausfuhr 1538960 (1667478) Tonnen.

Der Eisenbahngüterverkehr mit dem Auslande (Polen, Rußland) betrug dagegen nur 640233 (989284) Tonnen; davon entfielen auf die Einfuhr 415828 (768034) Tonnen und auf die Ausfuhr 224405 (221250); der Güterverkehr mit dem Auslande machte somit im Jahre 1913 nur etwa ein Achtel des inländischen Verkehrs aus.

Aus diesen Zahlen geht deutlich hervor, wie stark Westpreußen mit dem deutschen Gesamtwirtschaftsgebiet verbunden ist; zudem muß berücksichtigt werden, daß der Güterverkehr mit dem Auslande, besonders mit Polen, vornehmlich auf dem Durchgangshandel beruht. So gehen zwei Drittel der nach Westpreußen eingeführten Heringe und drei Fünftel von dem in Westpreußen mit der Bahn versandten Reis nach Polen und Rußland, während umgekehrt Danzig einen beliebten Ausfuhrhafen für russisches Holz darstellt.

An dem Güterverkehr mit dem Reiche sind vornehmlich Ostpreußen, Schlesien, Brandenburg, Pommern und Posen beteiligt. Der Gesamtgüterverkehr Westpreußens mit Berlin belief sich 1913 auf 122515 Tonnen, mit dem Ruhrgebiet auf 80500 Tonnen, mit dem Regierungsbezirk Magdeburg auf 60028 Tonnen und mit dem Regierungsbezirk Merseburg auf 57325 Tonnen. Wird die durchschnittliche Tragfähigkeit eines Güterwagens auf 12 Tonnen berechnet, so würde allein die Bewältigung des Güterverkehrs mit Berlin 10209 Güterwagen und die des gesamten Güterverkehrs Westpreußens mit dem übrigen Deutschen Reiche sogar 401379 Güterwagen, d. h. rund 10000 Züge zu 40 Wagen erfordern.

Abgesehen von dem Bahnverkehr werden beträchtliche Warenmengen zu Schiff aus- und eingeführt.

Im Durchschnitt der Jahre 1910—1913 betrug die Seeausfuhr aus Danzig 1062008 Tonnen. Da Westpreußen überwiegend Agrarland ist, entfielen hiervon etwa je ein Drittel auf Erzeugnisse des Acker-, Garten- und Wiesenbaues (390653 Tonnen) und auf Zucker, Sirup, Melasse (338664 Tonnen).

Das aus Danzig ausgeführte Getreide ist vornehmlich deutscher Herkunft; in den Jahren 1910 und 1911 stammten nur etwa 22 bzw. 21 Prozent des zur Weiterverladung nach Danzig eingeführten Getreides aus dem Auslande.

Es wurden eingeliefert:

	aus dem Inlande	aus dem Auslande
1910	366392 Tonnen	103393 Tonnen
1911	470861 "	128413 "
1912	429142 "	191991 "
1913	415494 "	80630 "

Ein großer Teil des aus Danzig seewärts ausgeführten Getreides geht nach dem Auslande und trägt dadurch zur Hebung unserer Valuta bei. 1913 wurden ausgeführt nach deutschen Häfen 44110 Tonnen, nach den Niederlanden 36257 Tonnen, nach Belgien 31994 Tonnen, nach Großbritannien 58184 Tonnen, nach Norwegen 41240 Tonnen, nach Dänemark 35306 Tonnen, insgesamt 247091 Tonnen. Kleinere Mengen gingen nach Schweden, Finnland, Rußland, Italien und Frankreich. Selbst wenn berücksichtigt wird, daß der größte Teil des nach den Niederlanden und Belgien verfrachteten Getreides den Rhein aufwärts nach Westdeutschland weiterbefördert wird, ging fast die Hälfte des 1913 seewärts ausgeführten Getreides nach dem Auslande.

Mit der Bahn wurden ferner vornehmlich ausgeführt Holz, Kleie, Zucker und Vieh.

Der Versand von Holz erreichte 1913 (1912) eine Höhe von 348909 (306546) Tonnen; sie richtete sich vor allem nach Pommern, Berlin, Schlesien, Brandenburg, Thüringen, Sachsen und Westfalen.

Der Versand von Kleie belief sich auf 206162 (306546) Tonnen, besonders nach Posen, Pommern, Brandenburg und innerhalb Westpreußens (59708 Tonnen).

Die Ausfuhr von Zucker (roh und raffiniert) betrug 131994 (120644) Tonnen; davon wurde der größte Teil, 117113 (108580) Tonnen, nach den westpreußischen Häfen Danzig und Elbing zum Versand verladen; der Rest ging nach Ostpreußen, Pommern, Thüringen und Regierungsbezirk Breslau.

Die Ausfuhr von Vieh (Stiere, Ochsen, Kühe, Schafe, Schweine usw.) betrug 1855130 (1983560) Stück, vor allem nach dem Regierungsbezirk Breslau, Provinz Brandenburg und den Häfen. Die Vieheinfuhr belief sich auf nur 276785 (253890) Stück.

Wie weitaus die meisten Waren nach den übrigen Teilen des Deutschen Reiches ausgeführt werden, so bezieht Westpreußen aus ihnen auch überwiegend seinen Bedarf an gewerblichen Erzeugnissen und Bodenschätzen. Selbst die Einfuhr von Kolonial- und Materialwaren erfolgt nach Danzig zu etwa 90 Prozent aus deutschen Häfen. Ähnlich liegen die Verhältnisse bei der Einfuhr von Roheisen, Eisenwaren, Papier und Papierwaren, Drogen, Chemikalien und Baustoffen; nur Steine werden vielfach aus Schweden bezogen.

Die Einfuhr von Braunkohlen, Briketts und Koks betrug in den Jahren 1913 (1912) 87937 (58078) Tonnen; hiervon wurden 1913 eingeführt aus der Provinz Brandenburg mit Ausschluß von Berlin 82132 Tonnen. Andere Lieferungsgebiete sind die Regierungsbezirke Breslau, Merseburg, Magdeburg sowie die Rheinprovinz.

Die Einfuhr von Zement betrug 89617 (65716) Tonnen; hiervon lieferte der Regierungsbezirk Oppeln 48016 Tonnen; weitere größere Mengen kamen aus dem Regierungsbezirk Magdeburg nebst Anhalt, dem Regierungsbezirk Breslau und den Provinzen Pommern, Brandenburg, Posen und Ostpreußen.

Die Einfuhr von Eisen und Stahl betrug 94296 (86115) Tonnen, und zwar aus dem Regierungsbezirk Oppeln 39389 Tonnen, aus dem Ruhrgebiet 11665 Tonnen, der Rest kam aus der Rheinprovinz, Regierungsbezirk Breslau und Berlin.

An verschiedenen Eisen- und Stahlwaren, Erzen und Eisenbahnschienen wurden eingeführt 160444 (141983) Tonnen vornehmlich aus Schlesien, Brandenburg, Rheinprovinz, Ruhrgebiet und Saargebiet.

Die Bahneinfuhr von Steinkohlen belief sich auf 1527083 (1523225) Tonnen; hiervon lieferte der Regierungsbezirk Oppeln 1470254 Tonnen, der Rest wurde aus dem Regierungsbezirk Breslau, dem Ruhrgebiet und der Rheinprovinz bezogen.

Angesichts dieser bedeutenden Warenmengen, die nach Westpreußen eingeführt bzw. aus Westpreußen ausgeführt wurden, kann kein Zweifel sein, daß der Verlust der Provinz eine wesentliche Einbuße des deutschen Handels zur Folge haben mußte.

Die wirtschaftliche Bedeutung Westpreußens für das deutsche Volk trat besonders deutlich während des Krieges hervor. Mit Fug und Recht kann behauptet werden, daß die Abtretung der deutschen Ostprovinzen sich sogleich in jedem einzelnen Haushalt empfindlich bemerkbar machen würde. Die schon kurz bemessenen Mengen an Lebensmitteln würden noch um ein Drittel bis ein Viertel vermindert werden; lieferte doch die Ostmark, die Provinzen Ost- und Westpreußen, Posen und Schlesien, 38 Prozent der Gesamterzeugung des Deutschen Reiches an Brotgetreide, 30 Prozent der Gesamtmenge an Kartoffeln, 30 Prozent der reichsdeutschen Schweineumlage, 23 Prozent der Rinderumlage, 24 Prozent der Butterlieferungen und 27 Prozent der Rohzuckererzeugung. Es darf auch nicht außer acht gelassen werden, daß durch eine Abtretung Westpreußens auch die Provinz Ostpreußen von dem deutschen Wirtschaftsgebiete getrennt wäre. Der Verlust der Ostmark würde den Zusammenbruch der deutschen Volksernährung zur Folge haben.

An der Aufbringung der für das deutsche Volksleben unbedingt erforderlichen Nahrungsmittel ist Westpreußen in erheblichem Maße beteiligt. Während die Provinz an Fläche nur 47 Prozent der Gesamtfläche des Reiches umfaßt, schließt sie ein 7,3 Prozent der deutschen Erntefläche an Roggen und 6 Prozent an Kartoffeln; und obwohl die Bevölkerung Westpreußens nur 2,6 Prozent der Einwohnerzahl des Deutschen Reiches ausmacht, bringt sie auf 9,1 Prozent der deutschen Gesamterzeugung an Brotgetreide, 5,4 Prozent an Gerste, 5,6 Prozent an Zucker und 6,2 Prozent an Kartoffeln. Unter den preussischen Provinzen steht Westpreußen an Fläche an achter Stelle, an Einwohnerzahl sogar an erster Stelle; hinsichtlich der Erntemenge an Roggen, Gerste, Kartoffeln befindet sie sich dagegen schon an sechster Stelle.

In Westpreußen wird vorwiegend Ackerbau getrieben. Die Fläche der Provinz beträgt 25554 Quadratkilometer, die Erntefläche an Roggen, Gerste, Weizen und Hafer 7011 Quadratkilometer, an Kartoffeln 1677 Quadratkilometer; ein Drittel des gesamten Bodens wird somit zum Anbau der wichtigsten Ackerfrüchte verwendet. Dazu kommt noch der Rübenbau, der ebenfalls recht bedeutend ist.

Gewaltige Kartoffelmengen konnten der Volksernährung während des Krieges zur Verfügung gestellt werden. Im Wirtschaftsjahre 1917/18 wurden in Westpreußen insgesamt 33 Millionen Zentner Kartoffeln amtlich erfasst. Davon wurden den Kartoffelerzeugern zur Ernährung, Brotsäckung, als Saatgut, für Brennereien und Stärkefabriken 15792521 Zentner belassen; als Saatgut wurden ausgeführt 1692926 Zentner. Auf Grund der Auflagen der Reichskartoffelstelle wurden abgeliefert 7254157 Zentner; von ihnen gingen 1353301 Zentner nach Brandenburg, 1656338 Zentner nach dem Rheinland; weitere Mengen wurden nach Schleswig-Holstein und Westfalen ausgeführt. Der Ernährung der Heimat würden ferner noch zwei Millionen Zentner zugute kommen, die bisher an die Heeresverwaltung abgeliefert werden mußten.

Nicht weniger ertragreich ist die Viehzucht der Provinz. Trotz der großen Viehschlachtungen in den ersten Kriegsjahren befanden sich am 1. Juni 1917 in Westpreußen nahezu dreiviertel Millionen Stück Rindvieh, 357000 Schafe und 679000 Schweine. Von ihnen wurden im Jahre 1917 zum Verbräuche geliefert 246000 Rinder und Kälber, 71000 Schafe und 214000 Schweine, insgesamt rund 531000 Stück Vieh. An die Kommunalverbände wurden nicht weniger als 99981 Kälber abgeliefert; insbesondere beruhte ein erheblicher Teil der Fleischversorgung Berlins auf der Lieferung Westpreußens. Weitere beträchtliche Mengen gingen an die Heeresverwaltung. Im Jahre 1918 vermehrte sich sogar die Zahl der ausgeführten Rinder um rund 35000 Stück. Außerdem trug die Viehwirtschaft Westpreußens noch durch Lieferung von erheblichen Mengen Butter zur Ernährung des deutschen Volkes bei. In den Jahren 1917 und 1918 wurden insgesamt 83632 Zentner Butter ausgeführt, die hauptsächlich nach Berlin, Dresden und Leipzig überwiesen wurden.

Westpreußen stellt somit ein unentbehrliches Glied des deutschen Wirtschaftskörpers dar.

Gerade in der Zeit nach dem Friedensschluß, in der das deutsche Volk zahlreiche Warenmengen gegen teure Bezahlung vom Auslande wird beziehen müssen, wird es dringend erforderlich sein, daß wir im eigenen Lande, soweit es irgend möglich ist, unsere Lebensmittel selbst erzeugen, um unsere Volksernährung sicherzustellen. Dazu ist vor allem notwendig, daß unsere wichtigsten landwirtschaftlichen Erzeugungsgebiete beim Reiche verbleiben. Ohne die deutsche Ostmark ist das deutsche Volk dem Hungertode ausgesetzt oder zum ewigen Sklaven seiner Feinde erniedrigt.

Zur Wahrung unseres Rechtes und um unserer Selbsterhaltung willen müssen wir verlangen: Westpreußen ist deutsch und muß deutsch bleiben.

Aus dem Kreise Meseritz

A. Allgemeines.

Der unzweifelhaft deutsche Kreis Meseritz, welcher im Norden an die Kreise Schwerin und Birnbaum, im Osten an den Kreis Neutomischel und im Südosten an den Kreis Bomst grenzt, liegt in dem Zipfel des Posener Landes, der wie ein Keil in die Provinz Brandenburg hineinragt, die mit den Sternberger und Züllichau-Schwiebuser Gemarkungen seine Nachbarschaft im Westen und Südwesten bildet. Er ist 1152,8 Quadratkilometer groß und hat 53306 zum größten Teil deutsche Einwohner. Die Polen, die sich in dem Gebiete finden, wohnen vorwiegend im nördlichen und südöstlichen Teil. Im Kreise liegen fünf Städte: Meseritz mit 5990, Bentschen mit 4473, Tirschtiegel mit 2385, Betsche mit 1862 und Bräg mit 1381 Einwohnern. Der Verkehr wird durch mehrere Bahnlinien erleichtert. Von der Kreisstadt Meseritz strahlen fünf Schienenwege aus, die im Norden nach Landsberg an der Warthe, in nordöstlicher Richtung über Birnbaum-Pinne, in südöstlicher über Bentschen nach Posen führen und im Westen über Zielenzig-Neppen oder im Süden über Paradies-Topper den Reisenden nach Frankfurt an der Oder und Berlin bringen. Der Osten wird außerdem durch eine Bahn erschlossen, die in vorwiegend nord-südlicher Richtung die Städte Birnbaum, Tirschtiegel und Bentschen verbindet. Ferner wird der Kreis von einer großen Anzahl vorzüglicher Kunststraßen — in Meseritz kreuzen fünf Chaussees — durchquert, die einen Beweis deutscher Kultur und Ordnung ablegen und sich durch herrliche

Wälder und reiche Fluren ziehen, die deutscher Bauernfleiß zu einer gesegneten Korn- und Kartoffelkammer gemacht hat.

B. Das Deutschtum im Kreise Meseritz.

I. In den Städten.

1. Meseritz. a) Geschichtliches.

Schon im Jahre 1005 hat, wie Bischof Thietmar von Merseburg über den Zug des deutschen Königs Heinrich des Zweiten gegen die Polen berichtet, die Stadt Meseritz bestanden. Im Grenzgebiet zwischen Brandenburg, Pommern, Schlesien und Polen gelegen, hat die befestigte Stadt stets eine besondere Bedeutung gehabt und im Laufe der Jahrhunderte bei den wechselvollen Kämpfen der Nachbarn öfter den Besitzer gewechselt. Doch schon früh ist ihre deutsche Eigenart hervorgetreten. So erzählt Wuttke in seinem Städtebuch des Landes Posen, daß im Jahre 1248 der Bischof Boguphal von Posen den Deutschen von Meseritz den Zehnten auf zwei Jahre, nämlich auf eben dieses und das folgende, erließ. Im Anfange des vierzehnten Jahrhunderts stand Meseritz sogar unter brandenburgischer Oberhoheit und zwar wahrscheinlich bereits seit dem Interregnum in Polen 1289—1295. Diese Tatsache bezeugen zwei Urkunden, von denen die im Codex Diplomaticus Brandenburgensis ed. Phil. Wilh. Gercken Tom 1. Salzwedel 1769 unter Nr. CLXVII S. 276¹⁾ wegen der noch weiter genannten

¹⁾ Siehe Kade. Gründung und Name von Stadt und Schloß Meseritz. Verlag von Carl Haug. Meseritz 1893.

Ortschaften des Kreises Meseritz besondere Beachtung verdient.

Nicht nur Stadt und Schloß Meseritz, sondern das Land bis zur Seenkette, die heute die Stellung des Heimatschutzes bezeichnet, waren an Brandenburg gekommen. Diese Zugehörigkeit dauerte zwar nur einige Jahrzehnte, doch hatte das Deutschtum, welches im Laufe des dreizehnten Jahrhunderts bei der Hochflut der Einwanderung, die sich aus dem germanischen Westen nach Polen ergoß und „überall eine zum Besseren treibende Kraft“ in den posenschen Städten hervorrief, solche Stärkung erfahren, daß Meseritz, namentlich nach der Verleihung des Magdeburgischen Rechts im Jahre 1259, trotz aller Wechselfälle in späteren Jahrhunderten seinen deutschen Charakter stets bewahrte. Deutscher Gewerbesleiß und Bürgersinn hoben das Ansehen und die Wohlhabenheit unserer Heimatstadt zu solcher Blüte, daß die Geschäftsverbindungen der Tuchmacher sogar bis China reichten und jährlich bis 60 000 Stück Tuch in das Reich der Mitte gingen. Die begopften Söhne des Himmels kauften nur noch solche Stoffe, die mit den Buchstaben J. J. B. (Vollmer) auf einer Weiskapsel als „Meseritzfoe“ bezeichnet waren. Trotz ihrer Zugehörigkeit zum polnischen Königreiche hegte und pflegte die Stadt ihr deutsches Denken und Fühlen. Groß war daher der Jubel der Bevölkerung, als bei der zweiten Teilung Polens auch Meseritz an Preußen kam, und mit Herzlichkeit und Freude wurde am 3. Oktober 1793 der neue Landesherr, König Friedrich Wilhelm der Zweite, am Mühltoore begrüßt.

Die Stadt Meseritz hat also einen vollbegründeten Anspruch auf dauernde Zugehörigkeit zum Deutschen Reiche. Sie ist nicht nur jetzt eine vollständig deutsche Stadt, sondern war dies bereits vor 700 Jahren. Wie lebendig und kräftig sich diese Gesinnung auch in der unserer heutigen so ähnlichen Zeit vor 60 Jahren gezeigt hat, läßt das damalige Verhalten und Vorgehen der Bürgerschaft erkennen.

Wuttke schreibt darüber:

„In der Bewegung des Jahres 1848 trat Meseritz entschieden deutsch auf, und Versuche, die Katholischen gegen die Protestan-

ten aufzureizen, hatten geringen Erfolg. Ein „deutsches Komitee“ bildete sich und drang der Reorganisation gegenüber auf Abtrennung vom Großherzogthum Posen und Einverleibung in die Mark. Die dahingzielende Bittschrift wurde „Mann für Mann“ unterzeichnet, die Dorfbewohner, sogar die Polen drängten sich zum Beitritt. Auch die Städte Tirschitz, Brätz und Schwerin schlossen sich an. Zugleich waffnete man sich, um die Erklärungen, wenn es sein müßte, durch das Schwert aufrecht zu erhalten.

Am 11. April wurde auch gegen den Reorganisator Wiltzen erklärt und zwar folgendes: „„Sie wollen uns trennen, für immer trennen von unserm großen Vaterlande Deutschland? Sie wollen uns um unsere höchste Hoffnung bringen, teilzunehmen an der großen Zukunft unseres Gesamtvaterlandes? Sie wollen uns einem Volke unterwerfen, dessen Sprache, dessen Sitten uns fremd sind, das laut erklärt hat, an Deutschlands Zukunft sich nicht beteiligen zu wollen? Herr General, wir halten es für unsere heilige Pflicht, Ihnen offen und unumwunden zu erklären, daß wir auch nicht eine Stunde das hohe Gut entbehren wollen, Preußen, welches in Deutschland aufgegangen ist, und seinem erhabenen Königshause anzugehören, uns als Deutsche zu fühlen, von deutschen Behörden regiert, als Soldaten von Deutschen kommandiert zu werden, keiner anderen Fahne zu folgen als einer deutschen, mit deutschen Brüdern im Bunde für eine rein deutsche Sache, daß wir keinen Augenblick das höchste Gut entbehren wollen, im Räte der Volksvertreter zu Berlin und in der höchsten Reichsversammlung zu Frankfurt a. M. mitzuraten, mit deutschen Brüdern freie deutsche Männer zu sein.““

Gleichzeitig wurde öffentlich kundgegeben: daß man die Regierung in Posen als unter dem Einflusse einer feindlichen Faktion stehend ansehe und ihr, wenn sie das Meseritzer Deutschtum gefährde, länger nicht Folge leisten könne. Ohne abzuwarten stellte Meseritz selbst sich unter die Regierung in Frankfurt a. O., ordnete am 17. April den Gymnasialdirektor Kest nach Frankfurt a. M. zum Fünfziger-Ausschuß ab und forderte die Städte Fraustadt, Bissa, Bomst, Starge, Na-

witsch, Birnbaum, Schwerin, Protoschin, Neutomischel, Wojanowo, Sarne, Punitz, Schlichtingsheim und Wollstein auf, sich mit ihm zu einem „Central-Ausschuß für den Westgürtel“ zu verständigen. Lissa versagte den Beitritt, der Ausschuß kam aber am 26. April wirklich zustande. So kräftig trat Meseritz auf, als es sein Deutschtum zu wahren galt.“

Müssen wir da heute nicht erst recht daran festhalten, daß an dem Deutschtum der Stadt nicht gerüttelt werde?

b) Kulturelles.

Auch in kultureller Hinsicht ist Meseritz unstreitig die Führerin unter den Städten des Westpomeraner Landes. Es beherbergt drei höhere Schulen, von denen das Staatliche Gymnasium, als städtische Realschule schon im Jahre 1833 gegründet und somit die viertälteste der 27 Anstalten für das höhere Knabenschulwesen der Provinz ist; es hat eine Reihe bedeutender Männer hervorgebracht und als die älteste höhere Lehranstalt im weiteren Umkreise stets eine ziemlich hohe Besuchsziffer erreicht. Erst in den letzten Jahrzehnten ist durch die Gründungen von Realschulen und sogenannten Höheren Knabenschulen in der Nachbarschaft die Schülerzahl etwas gesunken. Ferner besteht hier seit 1879 eine (früher königliche) Präparandenanstalt, die ebenfalls weit und breit Schüler heranzieht, die sich auf den Besuch eines Lehrerseminars vorbereiten wollen. Die Städtische Höhere Mädchenschule, die als Privatanstalt ebenfalls schon im Jahre 1833 gegründet ist, hat in zehn Klassen 253 Schülerinnen und bildet zugleich in den untersten drei Klassen in welchen auch Knaben unterrichtet werden eine Vorschule für das Gymnasium. Ein besonderes Gepräge hat Meseritz bekommen, seit im Jahre 1879 hier statt des Kreisgerichts ein Landgericht errichtet wurde, das seinen Bezirk weit nach Osten und Süden erstreckt.

So ist Meseritz, das aus einem handels- und gewerbetreibenden Plage früherer Jahrhunderte durch die Versperrung der Verkehrswege nach dem Osten zu einem einfachen Landstädtchen herabgesunken war, wieder zu einer Beamtenstadt mit regstem Geistesleben geworden, zumal es als Knotenpunkt wichtiger

Eisenbahnen auch in dieser Beziehung von vielen Beamten bewohnt ist. Als weitere Behörden gibt es in Meseritz ein Postamt 1. Klasse, ein Hauptzollamt, eine Gewerbe- und drei Bauinspektionen. Doch darf man die Stadt nicht als eine deutsche Beamten-siedelung ansehen; denn die allmähliche Erweiterung der einzelnen Behörden hat sich folgerichtig aus den wachsenden wirtschaftlichen und kulturellen Bedürfnissen ergeben. Diese spiegeln sich auch in dem Zeitungs-wesen des Kreises wider. In den beiden größten Städten Meseritz und Bentschen erscheinen je zwei Zeitungen, von denen die „Meseritzer Kreiszeitung mit ihrer Nebenausgabe „Bentschener Wochenblatt“ eine Auflage von 7300 Stück erreicht hat und damit die größte Kreiszeitung des deutschen Ostens ist.

Aber auch Industrie ist vorhanden. Nicht nur als Sitz der Überlandzentrale Birnbaum-Meseritz-Schwerin, sondern auch als Sitz eines städtischen Elektrizitätswerkes, zweier Maschinenfabriken, mehrerer Dampfziegeleien, Schneidemühlen usw. erinnert die Kreisstadt an den deutschen Gewerbesiege der Väter und bezeugt damit ihre deutsche Überlieferung.

An Wohlfahrtsanstalten weist Meseritz ein Kreiskrankenhaus, eine Kinderbewahranstalt, zwei Kinderhorte und mehrere Hospitäler für alte Leute auf.

Also auch in kultureller Beziehung zeigt Meseritz durchaus deutsche Art und deutsches Wesen.

2. Bentschen.

Die zweitwichtigste Stadt im Kreise ist Bentschen, bekannt durch seinen großen Bahnhof, einen der wichtigsten Eisenbahnknotenpunkte im deutschen Osten. Deutscher Volksrat und städtische Behörden haben eine besondere Schrift herausgegeben: „Bentschen eine deutsche Stadt“, in welcher auf Grund vorzüglichen statistischen Materials nachgewiesen wird, daß der weitaus überwiegende Teil der Bevölkerung deutsch ist und deutsch fühlt. Es wird darin vor allem gezeigt, daß Bentschen im Wilsonschen Sinne deutsch ist.

3. Tirschtiegel.

Auch Tirschtiegel mit seiner Umgebung ist reindeutsch. In einem Aufzug, den Stadt

und Land Tirschtiegel erlassen haben, um ihr Deutschtum darzutun, heißt es:

Tirschtiegel nebst den dazugehörigen Ortschaften östlich der Odra mit rund 10 000 Einwohnern, nämlich den Dörfern Deutschhöhe, Ziegelscheune, Lentzen, Amstahner, Kupferhammer, Altvorwerk, Glashütte, Hüttenhauwand, Lubenhauwand, Sawade, Blake, Lemizhauwand, Kreuzwehr, Lemiz, Puntken, Neuschilln, Jablonke und Petershag ist seit Jahrhunderten deutsches Land und von Deutschen bewohnt. Nur 6 Prozent Polen sind der deutschen Bevölkerung untermischt.

Schon vor der Völkerwanderung haben hier deutsche Stämme gesessen und bereits im zehnten und elften Jahrhundert haben deutsche Kolonisten dieses Land dem Deutschtum zurückerobert. Wenn auch vorübergehend unter polnischer Oberhoheit stehend, sind Land und Leute doch stets deutsch geblieben und haben deutsches Recht, deutsche Sprache, Volksart und Sitte bis auf den heutigen Tag unberührt bewahrt. Polnischem Einfluß ist es nie gelungen, die hier wohnenden deutschen Ackerbauer, Bürger und Handwerker zu polonisieren. Polnische Schulen und Kirchen haben nie bestanden. Der größte Teil der Bewohner ist evangelisch, aber auch der katholische Teil ist deutsch und weist alle polnischen Ansprüche auf diese Gegend auf das schärfste zurück. Zahlreiche Originalurkunden, die uns aus jener Zeit vorliegen, haben deutschen Wortlaut und Inhalt und beweisen, daß polnische Sprache und Kultur hier nie Einfluß zu erlangen vermocht haben.

Reindeutsch hat sich auch die Bevölkerung bis auf die heutige Zeit erhalten und weit in den angrenzenden Kreis Neutomischel, noch über die ebenfalls reindeutsche Stadt Neutomischel hinaus, reicht unbestritten deutsches Sprachgebiet.

Auch wirtschaftlich bildet unsere Gegend einen wichtigen Faktor für die Volksernährung und Industrie des deutschen Hinterlandes. Unser Bezirk liefert 15 000 Zentner Körnerfrüchte und 100 000 Zentner Kartoffeln. Die weitausgedehnten Seen und Flußläufe geben alljährlich mehrere tausend Zentner Fische her, die besonders nach den Großstädten Mitteldeutschlands, und insbesondere nach Berlin gehen. Die großen Schilfrohrbestände

unserer Seen versorgen die Rohrwerebereien und sonstigen Rohrindustrien von fast ganz Deutschland. Tirschtiegel ist ferner die Zentrale des Korbweidenbaues im Osten des Reiches, und liefert jährlich 300 000 Zentner wertvollsten Korbweidenmaterials. Die weit- ausgedehnten Waldungen beschäftigen viele Schneidemühlen, welche den Westen mit Schnittmaterial beliefern. Große Mengen Grubenhölzer werden nach den Kohlengebieten Westfalens und Niederschlesiens ausgeführt. Der Grundbesitz befindet sich ausschließlich in deutschen Händen, auch wird die Steuerlast nur von Deutschen getragen.

Wir können es daher nicht dulden, daß unser geschichtlicher und wirtschaftlicher Zusammenhang mit dem westlichen Hinterlande auch nur vorübergehend gestört werde. Es gäbe keine größere Ungerechtigkeit in unserer Zeit, als wenn Landesteile, deren Volkstum, Sprache und Wirtschaft aufeinander angewiesen sind, auseinandergerissen werden sollten.

Das deutsche Volk, das im Vertrauen auf die Wilsonschen Grundsätze die Waffen niedergelegt hat, muß verlangen, daß das Selbstbestimmungsrecht der Bevölkerung auch auf unseren Kreis angewandt wird.

4. Betsche.

Die Stadt Betsche im Nordosten des Kreises, der einige Dörfer mit überwiegend polnischer Bevölkerung aufweist, ist nach Einwohnerzahl, nach dem Stadtbilde, seinen Sitten und Gewohnheiten ebenfalls eine unbestreitbar deutsche Stadt. Auch Betsche und Umgegend liefern deutsches Korn und deutsche Kartoffeln in reichstem Maße, und seine Moorkulturen zeigen deutschen Fleiß und deutsche Tatkraft.

5. Bräg.

Bräg, unmittelbar an der Brandenburgischen Grenze gelegen, hat reindeutschen Charakter und weist nur 1 Prozent Polen auf. Deutscher Handwerkerfleiß, besonders Tuchmacherei und Schuhmacherei, haben dem Städtchen sein deutsches Gepräge gegeben. Ackerbau und Viehzucht liefern besonders in Bräg bedeutsame Erträge.

II. Auf dem Lande.

Auch das flache Land des Kreises mit seinen Dörfern, Gutsbezirken und einzelnen Gehöften hat reindeutsches Gepräge. Überall findet man ein ländliches Bild, das an die Siedelungen der Mark, ja sogar Thüringens erinnert. Breite, gepflasterte Straßen treffen sich in der Mitte des Dorfes und bilden dort einen weiten, von Linden umsäumten Ager, auf dem im Sommer alt und jung nach Feierabend sich tummelt und seine Feste begeht. Die Landstraßen sind fast durchweg von Obstbäumen begleitet. Auch die deutsche Mundart, Sitten und Gebräuche der Kreis-eingesessenen weisen nach der Mark hin, zeigen aber auch im Süden schon etwas schlesisches Einschlag. Zusammenhängende polnische Siedelungsgebiete gibt es im Kreise Meseritz überhaupt nicht; nur im Norden und Süden wohnen, mit Deutschen vermischt, polnische Minderheiten, die ihrer Zahl nach einen geringen Prozentsatz der Gesamtbevölkerung ausmachen. Daß es sich hier nur um Sprachinseln handelt, geht schon daraus hervor, daß an der Ostgrenze des Kreises ausschließlich reindeutsche Gemeinden liegen, angrenzend an die großen deutschen Gauländerebezirke der Kreise Bomst und Neutomischel. Von den größeren Dörfern des Kreises Meseritz haben besondere Wichtigkeit erlangt Paradies und Kainscht. Dieses versorgt mit seinen Braunkohlengruben ein Kraftwerk der Oberlandzentrale. Jenes beherbergt in den Gebäuden eines ehemaligen Zisterzienserklosters ein deutsch-katholisches Schullehrerseminar, das seit wenigen Jahren dem Provinzialschulkollegium der Mark unterstellt ist, um dieser den nötigen Nachwuchs an katholischen Lehrern zu sichern. In der Nähe der Kreisstadt liegt noch die im Jahre 1904 nach mehrjähriger Bauzeit eröffnete Provinzial-Irrenanstalt Obrawalde, die, nach modernsten Grundsätzen errichtet, wohl die wertvollste und an Ausdehnung größte Anstalt der Provinz Posen ist.

Auch an industriellen Anlagen fehlt es auf dem Lande nicht. Neben den schon erwähnten Braunkohlenwerken gibt es im Kreise noch eine Anzahl von Ziegeleien,

Stärkefabriken, Brennereien und Schneidemühlen, die ihrerseits bezeugen, welche reichen Erträge der Kreis hervorbringt, welche dem ganzen Deutschen Reich zugute kommen.

Der Kreis Meseritz führt z. B. aus:

an Kartoffeln jährlich rund	600 000 Ztr.
an Broitgetreide jährlich rund	190-200 000 Ztr.
an Gerste jährlich rund	11-12 000 Ztr.
an Hafer jährlich rund	4- 8 000 Ztr.

Der Durchschnittsbrand der 19 Brennereien betrug jährlich 123 000 Liter Spiritus.

C. Schlußfolgerung

So glauben wir den Nachweis erbracht zu haben, daß der Kreis Meseritz mit seinen Städten, Dörfern und Feldbreiten altes deutsches Land ist, das nicht im entferntesten unter Punkt 13 des Wilsonschen Programms gebracht werden darf. Wir glauben aber auch gezeigt zu haben, welche hohen Werte an Kultur und Naturerzeugnissen dem deutschen Volke verloren gingen, wenn sich die gierigen Hände der ländlerhungrigen Polen auch nach diesem teuren Gute ausstrecken würden. Wie die Einwohner des Kreises in den Tagen des polnischen Ansturmes es auf sich genommen haben, den heranbrandenden Fluten des Gegners einen Damm zu setzen an dem bisher jeder weitere Eroberungsversuch gescheitert ist, so sind sie auch weiter bereit, ihr heiliges deutsches Heimatland mit ihren Leibern vor der Abtrennung vom großen Vaterlande zu bewahren.

Die Begeisterung für die hehre Sache, die nicht wie das Strohfeuer hell flammt, dann aber jäh zusammenbricht, sondern zunächst unter der Asche zehrend weiterfriszt, würde eines Tages mit furchtbarer Gewalt hervorbrechen, in deutschem Zorn das alte deutsche Schwert wieder zücken und nicht dulden:

„daß unsere Erde

Wertlosen Lumpen gleich, zerfetzt, zerstückt
Den frechsten Räubern hingeworfen werde.“

Diese Gesinnung der Ostmarkdeutschen muß aber ihren Widerhall finden in den Herzen aller Landsleute im großen Deutschen Reich!

Aus den Deutschen Volksräten

Tagung der Volksräte des Ostens in Danzig.

Nach den Beschlüssen der Marienburger Tagung traten die gewählten Vertreter der Volksräte aus Ost- und Westpreußen und des Nehedistriktes sowie des ostdeutschen Heimatdienstes am 2. Juni in Danzig zu gemeinsamer Besprechung zusammen und konstituierten sich zu einem ständigen Volksratsausschuß, der bis zur endgültigen Entscheidung ununterbrochen tagen wird. Mit dem gleichfalls in Danzig zusammengetretenen parlamentarischen Aktionsausschuß der Nordgruppe der Ostmark wurde in Fühlung getreten.

Die Verhandlungen des Volksratsausschusses brachten den einmütigen Willen der hinter den Führern stehenden Volkstreife aus Ost- und Westpreußen, dem Nehedistrikt und den bedrohten Teilen Pommerns zum Ausdruck, sich angesichts der drohenden gemeinsamen Gefahr eng zusammenzuschließen. In der Aussprache wurde volle Übereinstimmung über das Ziel und die Mittel zu seiner Erreichung erzielt. Es herrschte völlige Einigkeit über die Notwendigkeit der Erhaltung der ungeteilten Ostmark bei Deutschland und über die Notwendigkeit eines auf breiter demokratischer Grundlage zu erfolgenden deutsch-polnischen Ausgleiches, der in einer friedlichen Auseinandersetzung der aufeinander angewiesenen deutschen und polnischen Bevölkerung bestehen mußte.

Der Hauptausschuß wird seine Hauptaufgabe darin erblicken, die Bemühungen der Reichsregierung, durch Verhandlungen die Deutscherhaltung der Ostmark zu erzielen, mit allen Mitteln zu unterstützen und wird die gesamten Kräfte der deutschen Bevölkerung des Ostens zu diesem Zwecke einheitlich zusammenfassen.

An den Zentralvolksrat für Oberschlesien in Oppeln, der sämtliche Parteien von der äußersten Rechten bis zur unabhängigen Richtung umfaßt, wurde nächstehendes Begrüßungstelegramm abgesandt:

„Der in Danzig tagende Ausschuß der Vereinigten Volksräte von Posen und West-

preußen und des ostpreußischen Heimatdienstes begrüßt den Zentralvolksrat für Oberschlesien und erhofft von der Verwirklichung seines Programms, das in jeder Beziehung auch den Zielen des Volksratsausschusses entspricht, die Deutscherhaltung des bedrohten Oberschlesiens. Einigkeit und Zusammenschluß ohne Rücksicht auf Parteizugehörigkeit, sowie rücksichtsloses Bekenntnis zum Deutschtum sind unsere alleinige Rettung. Der Volksratsausschuß verspricht sich von engem Zusammenarbeiten mit dem Zentralvolksrat für Oberschlesien die Bewahrung des Deutschtums der gesamten Ostmark und ihre ungeteilte Erhaltung bei dem Deutschen Reiche.“

Groß = Morin, 1. Juni 1919. Folgende Telegramme wurden am 30. Mai an die Reichsregierung abgesandt:

Herrn Reichspräsidenten Ebert
Berlin.

Der Deutsche Volksrat Groß = Morin Gem. legt hiermit schärfsten Protest gegen die Lostrennung der Provinzen Posen ein. Wir Deutschen waren es, die die Provinz zu der hervorragenden Blüte brachten, in der sie heute steht, und als Dank dafür sollen wir ohne Rücksicht auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker den Polen unterjocht werden.

Niemals, Herr Präsident! Ein rechter Führer seines Volkes geht mit seinen Leuten in den Tod, ehe er sie preisgibt. Sollen wir schmachten wie im Kerker und sehnsuchtsvoll über die Grenzen nach unserer geliebten Vaterlande hinüberschauen?
gez. Markwarth.

Herrn Kriegsminister Noske
Berlin.

Heilige Empörung über die Lostrennung unserer Heimat an den Polen hat die Mitglieber des Deutschen Volksrates erfaßt. Wir legen energisch Protest gegen diese Versklavung ein. Zusammengeschlossen mit Leib und Seele stehen wir für

unsere Heimat ein. Wir bitten den Herrn Kriegsminister, uns nicht ohne weiteres preiszugeben. Wir sind gewillt, Opfer zu bringen und jede Verantwortung tragen zu helfen. Lassen Sie, Herr Minister, das Wort weiter gelten: Wer deutsches Land begehrt, der hole es sich.

Der Deutsche Volksrat Groß-Morin
Gemeinde.

Grafen Broddorff-Rantzau
Versailles.

Die Provinz Posen soll polnisch sein? Ist unsere durch Mühe und Fleiß in Kultur gebrachte Heimat verraten und verkauft? Ist das Wilsonprogramm als Grundlage für den Frieden nicht beachtet worden? Wir Ostmärker sind Deutsche und bleiben es und stehen für unsere Hei-

mat mit Gut und Blut ein. Nochmals, lieber tot, als polnisch!

Der Deutsche Volksrat Groß-Morin
Gemeinde.

Der Deutsche Volksrat Argenau sandte folgendes Telegramm an das Auswärtige Amt, an die Nationalversammlung und die Preussische Landesversammlung in Berlin:

„Deutscher Volksrat der nahezu rein deutschen Gemeinden Eichtal, Domblen, Oberwalde bittet, Erdrosselungsfrieden nicht zu unterzeichnen. Lieber den Tod, als in Schmach und Schande dahinsiechen. Wir sind zum Widerstand mit der Waffe fest entschlossen. Posen soll deutsch bleiben.
gez. Fexter.“

Pressestimmen

I. Deutsche Presse

„Frankfurter Ztg.“ v. 21. Mai Nr. 372.

Die Stimmung im deutschen Osten. Die Friedensbedingungen der Entente, nach denen weite Gebiete, die überwiegend von Deutschen bewohnt oder durch Arbeit zu ihrer jetzigen Blüte gebracht worden sind, ohne Befragung der Bevölkerung an die Polen ausgeliefert werden sollen, haben im deutschen Osten begreiflicherweise die äußerste Erbitterung hervorgerufen. In Oberschlesien, in Westpreußen, in Posen denken die zweieinhalb Millionen Deutsche, die unter die Fremdherrschaft eines gehässigen und gewalttätigen Volkes gebracht werden sollen, mit Entsetzen an ihr kommendes Schicksal und fast allenthalben lehnt man sich dagegen auf. So hat beispielsweise die Bürgerschaft der ganz deutschen, dicht an der brandenburgischen Grenze gelegenen Stadt Birnbaum, die durch die Friedensbedingungen den Polen ausgeliefert werden soll, nachdem zuvor schon der Kreisvolksrat in einer Entschliessung bei der Nationalversammlung und der Regierung auf das schärfste und unter Androhung bewaffneter Selbsthilfe protestiert hatte, eine

Reservetruppe von mehreren hundert Mann kriegsgeübter und mit der Waffe ausgebildeter Mannschaften aufgestellt, die entschlossen sind, im Verein mit dem Grenzschutz Birnbaum und die umliegenden überwiegend deutschen Dörfer bis aufs äußerste zu verteidigen und die Polen gewaltsam abzuwehren. Da das Vorgehen von Birnbaum typisch für die allgemeine Stimmung in der deutschen Ostmark ist, so kann man ermessen, welche furchtbaren Folgen sich im Falle der gewalttätigen Durchführung der Bedingungen ergeben müssen.

„Kreuzzeitung“ vom 26. Mai Nr. 275.

Polnische Hoffnungen und Ziele für Danzig.

Die Polen lassen die Maske fallen. Schon erörtern sie in aller Öffentlichkeit die Aussichten der Verpolnisierung Danzigs. Der „Głos Lubarski“ meint, daß durch die Eingliederung auch polnisch sprechender Gebiete in den Freistaat Danzig die Aussichten der Verpolnisierung Danzigs beträchtlich erhöht würden. Wenn Danzig auch als freie Stadt Sitz der Provinz und der Regierung wird, würden sofort Tausende von polnischen Beamtenfamilien hinströmen und, falls die

Provinzialbehörden nach einer anderen Stadt verlegt werden, entvölkere sich Danzig und verliere seine Bedeutung, indem es nur noch eine Handelsbedeutung als polnischer Hafen behalte. Die Handelsbedeutung Danzigs aber werde nicht so sein, wie sie zur Zeit der alten Republik war, als die Danziger das Stapelrecht besaßen. Jetzt würden sie dies Recht nicht haben, vielmehr die Polen ihre Waren unmittelbar aus Ausland verkaufen und von diesen ohne Vermittelung der Danziger Waren kaufen dürfen. Polen werde unzweifelhaft den ganzen Auslands-handel verstaatlichen, sich durch Schaffung einer eigenen Fluß- und Seeschiffahrt von Danzig unabhängig machen, die Weichsel so vertiefen, daß kleinere und mittlere Schiffe bis Warschau bezw. Thorn, große wenigstens bis Dirschau fahren können und vielleicht auch die Halbinsel Gela durchstechen, um in der Puziger Bucht einen Hafen für die größten Ozeanschiffe zu bauen, in dem diese dann anstatt in Danzig gelöscht werden.

„Frankfurter Zeitung“ vom 3. Juni, Nr. 404:

Nun sind die deutschen Gegenvorschläge gekommen. Und die Deutschen im Osten können aus ihnen die Gewißheit entnehmen, daß wir zu ihnen halten wie sie zu uns. Wir wollen zusammenbleiben. Wir wollen die schweren finanziellen Lasten auf uns nehmen, mehr vielleicht, als den meisten heute überhaupt tragbar erscheint — aber wir wollen uns nicht blindlings zerstückeln lassen. Das ist der Sinn des deutschen Vorschlags. Die hundert Milliarden, bis zu denen wir tatsächlich festgestellte Zivilschäden in Belgien und Nordfrankreich allmählich zu ersetzen bereit sind, können nur getragen werden, wenn wir wie im Westen so auch im Osten das Land und die Menschen behalten, die zu uns gehören — diese hundert Milliarden sind auch ein Preis für diese Erhaltung. Fürchtbar schwere Opfer müssen allerdings auch hier nach den Verpflichtungen des Waffenstillstandsvertrages und im Sinne eines auch den Polen gerecht wer-

enden Ausgleichs gebracht werden. Soweit die Provinz Posen unbestreitbar polnischen Charakter trägt, sind wir zur Abtretung, einschließlich der Hauptstadt Posen, bereit; soweit westpreussische Gebietsteile unzweifelhaft polnisch besiedelt sind, gilt von ihnen das Gleiche; und die Volksabstimmung soll darüber entscheiden. Aber daß Oberschlesien uns genommen, daß Ostpreußen vom deutschen Gesamtkörper losgerissen, daß Danzig unter dem Namen einer Freien Stadt in Wahrheit den Polen ausgeliefert, daß der reindeutsche Charakter großer Teile Westpreußens in Frage gestellt werde und die Nordkreise Ostpreußens mit Wermel losgelöst werden sollen; das weist Deutschland im sicheren Bewußtsein seines guten Rechts zurück. Wir tun es mit einer Feststellung, die die Welt aufhorchend vernehmen wird: die ganze Grenzführung im Osten in dem Entwurf der feindlichen Friedensbedingungen ist, was die deutsche Denkschrift für jederzeit beweisbar erklärt, überhaupt nicht von dem Gesichtspunkt der Nationalität, sondern von dem der strategischen Vorbereitung eines Angriffs auf deutsche Gebiete aus bestimmt worden. Nur so ist das Unmögliche möglich geworden, daß man gleichgültig Millionen von Deutschen unter Mißachtung ihrer primitivsten und selbstverständlichsten Rechte von ihrem Volke zureißen unternahm, um angeblich einer, in Wahrheit viel kleineren Zahl von Polen ihre Rechtsansprüche zu erfüllen. In Posen, West- und Ostpreußen leben 3,58 Millionen Deutsche, und wenn man Schlesien noch hinzunimmt, sind es sogar 7,36 Millionen — die kann man nicht nach Belieben „verschieben wie Steine auf einem Schachbrett.“

In Wahrheit geht eben auch hier der deutsche Gegenvorschlag bis an die äußerste Grenze des Möglichen und vielleicht darüber hinaus. Reinlich wie ein Rechenexempel wird ja das deutsch-polnische Problem niemals aufgehen; zu sehr sind im ganzen Osten Menschen,

Landbesitz, Wirtschaftsarbeit und Staatsbedürfnisse in einer unentwirrbaren Gemengelage durcheinandergewürfelt. Aber was die deutsche Delegation vorschlägt, das ist ein opfervoller Versuch, doch noch, vielleicht im letzten Augenblicke, zu einem für alle einigermaßen gerechten Ausgleich mit den Polen zu gelangen. Darum der Vorschlag, die Gebietsverteilung so vorzunehmen, daß nicht mehr Deutsche in das polnische Hoheitsgebiet fallen, als Polen in deutscher Staatsangehörigkeit verbleiben, und umgekehrt; darum vor allem das über den feindlichen Entwurf weit hinausgehende Angebot, den Polen nicht nur in Danzig, sondern auch noch in Königsberg und Memel Freihäfen zu gewähren, verbunden mit weitestgehenden Konzessionen zur Sicherstellung ihres Verkehrs auf Eisenbahnen und Flüssen. Es ist wirklich der ehrliche Versuch, eines veröhnenden Ausgleichs, von dem man meinen sollte, das neu entstehende Polen, das ja schon bei seiner Geburt eine sehr große Menge sehr großer Schwierigkeiten vor sich findet, hätte an ihm genau das gleiche Interesse wie wir selbst.

Ob dieser Versuch gelingen wird, weiß heute noch niemand zu sagen. Aber die Möglichkeit, zu wirken, muß man ihm lassen. Und das müssen heute auch die Deutschen im Osten sich sagen. . . . Auch für die Deutschen im Osten ist jetzt Wartezeit, genau wie für uns alle. Denn wir haben den Versuch gemacht, durch unsere Gegenvorschläge zu Verhandlungen zu kommen — auf dieser Linie müssen wir jetzt ehrlich bleiben, und nichts darf geschehen, was die Wirkung des Schrittes der deutschen Regierung und der deutschen Delegation beeinträchtigen könnte. Die Deutschen im Osten haben schon etwas Entscheidendes erreicht: sie haben sich selbst gefunden! Sie wissen nur, daß sie zusammenstehen. Und sie dürfen daraus die Sicherheit schöpfen, daß es niemals, was auch geschähe, gelingen könnte, sie ihres Deutschtums wirklich zu berauben. Diese Sicherheit

muß ihnen jetzt auch die Festigkeit geben, in Ruhe und Selbstzucht abzuwarten, bis die Entscheidungsstunde fällt.

2. Ausländische Presse

Der Sonderberichterstatter des „Daily Herald“

meldet seinem Blatte Einzelheiten über die Reise, die er nach Westpreußen gemacht hat, um die Stimmung unter der dortigen Bevölkerung kennen zu lernen. Er schreibt, er habe während seines dortigen Aufenthaltes überall nur deutsches Kulturleben erblickt: Danzig sei eine rein deutsche Stadt, in der keine Spur von Polentum zu sehen sei. Von den Provinzzeitungen seien 55 deutsch und 7 polnisch. Die äußerst gepflegten Bauernhöfe und Ländereien zwischen Danzig und Marienwerder seien alle deutsch.

Auch der Korrespondent des „Manchester Guardian“

berichtet seinem Blatte über seine Eindrücke in Westpreußen. Er teilt mit, Danzig sei ebenso eine deutsche Stadt, wie Plymouth eine englische Stadt sei, und könne mit ebensowenig Berechtigung polnisch genannt werden oder als zu Polen gehörig bezeichnet werden wie Manchester. Die ganze Gegend, die er durchstreift habe, sei überall von einer Bevölkerung bewohnt, von der zumeist mehr als neun Zehntel Deutsche seien. Nur weil die Staatsmänner in Paris von der Manie des Mächtigkeitsbewusstseins befallen seien und vergessen hätten, daß einige hundert Meilen von Paris entfernt Millionen von Menschen ihrer Rechte, ein natürliches Leben zu führen beraubt werden sollen, wolle man durch Errichtung des Korridors von Danzig in einer vollkommen deutschen Gegend ihr Leben vernichten und gleich von gleich scheiden. Man brauche sich nur einige Stunden an Ort und Stelle aufzuhalten, um zu sehen, welche Katastrophe sich vorbereite. Es herrsche eine leidenschaftliche und entschlossene Stimmung.

„Vorwärts“ vom 22. Juni Nr. 288.

Der Berichterstatter Desmond schildert in der „Daily News“ vom 5. Juni die herzerreißenden Eindrücke, die er auf seiner Reise durch das an Polen abzutretende Gebiet und durch Danzig erhalten hat. Nirgends könne eine Bevölkerung durch öffentliche Kundgebung ihren Willen, am Deutschtum festzuhalten, eindrucksvolleren Ausdruck geben. Die Bevölkerung sei mindestens zu 80 v. H. deutsch, und das Land sei voll von Stätten deutschen Fleißes, deutscher Arbeit, deutscher Kunst und deutscher Industrie. Wenn auch Polen die Autonomie verdiene, so müsse es seine Würdigkeit doch erst beweisen und in den ausschließlich von Polen bewohnten Gebieten hätte es reichlich Gelegenheit hierzu.
„Tägliche Rundschau“.

Der Vertreter des norwegischen Regierungsorgans „Norske Intelligensbebler“,

Herr S. Wankel aus Christiania, faßt seine Eindrücke von der Informationsreise in der Provinz Posen in folgender Weise zusammen: Ich halte es für ganz ausgeschlossen, nach dem, was ich bis jetzt gesehen, daß die Versailler Friedensbedingungen in der polnischen Frage ohne einen neuen Krieg angenommen werden. Zusammen mit den hier weilenden Ententejournalisten wurden wir heute von der hiesigen Regierung mit polnischen Politikern und Arbeiterführern bekanntgemacht. Unter ihnen befand sich der Justizrat v. Wierzbicki, der Gutsbesitzer Szuman, der Rittergutsbesitzer v. Chlapowski, der Redakteur Telsa, der Arbeiterführer Czarnicki. Dieses Zusammentreffen hat meinen Eindruck noch erheblich verschärft, daß zwischen Polen und Deutschen ein derart scharfer Nationalunterschied besteht, daß ohne Blutvergießen eine Zwangsablösung der Deutschen nicht möglich ist.

Kleine Nachrichten

Die Reichsregierung an die Deutschen im Osten

An die Deutschen im Osten.

Die deutschen Gegenvorschläge sind in Paris überreicht worden. Sie treten mit allem Nachdruck und Ernst für das Verbleiben der deutschen Landesteile im Osten beim Reich ein. Sie führen den Nachweis, daß weder Oberschlesien noch Westpreußen, weder Danzig noch Memel von Deutschland losgerissen werden dürfen, daß Ostpreußen nicht verkümmern darf durch die Einschlebung eines polnischen Korridors zwischen deutsche Gebietsteile. Jetzt heißt es, diese Gegenvorschläge zu unterstützen und alles zu vermeiden, was ihre Wirkung beeinträchtigen könnte. Wer heute dem Gegner einen Vorwand für Einmarsch und gewaltsame Besitzergreifung liefert, macht sich gegen seinen Willen zu ihrem Bundesgenossen.

Deutsche im Osten! Bewahret das Reich vor dieser Lebensgefahr durch Ruhe und Disziplin. Laßt keine unruhigen Köpfe das Schicksal Deutschlands und vor allem des deutschen Ostens gefährden. Verhandlungen nicht Kampf, das muß jetzt die Parole sein. Werden unsere Gegenvorschläge abgelehnt, so wird die Reichsregierung ihre Entschlüsse für Reich und Deutschtum so fassen, wie es für das Leben des ganzen Volkes notwendig ist. Wir kennen unsere Verantwortung für die Gegenwart und die Zukunft.

Berlin, 30. Mai 1919.

Scheidemann. Dr. Dernburg.
Graf Brockdorff-Rantzau. Preuß. Bauer.
Wissell. Landsberg. Noske. Dr. Bell.
Giesberts. Gothein. Dr. David. Erzberger.

Ein deutscher Tag in Bromberg. Zu besonderer machtvollen Kundgebungen zur Deutscherhaltung Brombergs und des

Regedistrikts gestaltete sich der Besuch von neutralen, englischen und amerikanischen Journalisten am 2. und 3. d. Mts. Kaum war die Ankunft der fremden Besucher bekannt geworden, als auch schon am frühen Morgen große Mengen aller deutschen Bevölkerungsschichten nach der Danziger Straße und dem Hotel Adler strömten, um in einer spontanen Kundgebung für ihr Deutschtum zu demonstrieren. Unter Absingen der vaterländischen Weisen: „Deutschland, Deutschland über alles“, „O Deutschland hoch in Ehren“, „Ich bin ein Preuße“ usw. zog die Menge durch die Danziger und die umliegenden Straßen und füllte den Friedrichsplatz rund um das Denkmal Friedrichs des Großen zu vielen Tausenden. Wo sich auch die fremden Journalisten zeigten, lönte ihnen das Bekenntnis aus dem Mund von Tausenden entgegen: „Wir sind deutsch und wollen deutsch bleiben.“

Waren diese Kundgebungen schon am ersten Tage außerordentlich eindrucksvoll, so steigerten sie sich am zweiten Tage noch ganz bedeutend. Ein Wald von schwarz-weiß-roten Fahnen und Tafeln, auf welchen gegen die Abtrennung deutschen Bodens protestiert wurde, wehten durch die Straßen Brombergs, und wieder war der Friedrichsplatz der Zielpunkt, zu welchem die Massen strömten. So gewaltig war der Andrang und das Gedränge, daß die fremden Journalisten zum Teil auf das vorgesehene Programm verzichteten und eine längere Rundfahrt durch die Stadt aufgaben. Deputationen aus allen Berufskreisen wurden in der Kunstgewerbeschule empfangen und gaben einmütig ihrem Willen Ausdruck, unter keinen Umständen vom Deutschen Reiche getrennt zu werden.

Der Eindruck der Kundgebungen auf die fremden Gäste ist nach ihren eigenen Bemerkungen überwältigend gewesen, wie aus verschiedenen Gesprächen hervorging. Besonders tief war der Eindruck der großen Kindercharen, dieser Verkörperung deutscher Zukunft, die trotz Sturm und

Regen nicht wichen und nicht wankten, um immer wieder für ihr Deutschtum zu zeugen. Auch in anderen Orten, welche die fremden Journalisten besuchten, haben ähnliche großartige Kundgebungen stattgefunden, so daß sie, wenn sie den Tatsachen entsprechend Bericht erstatten, der Überzeugung Ausdruck geben müssen: „Dies Land ist deutsch und will deutsch bleiben.“

Heranziehung der Hallertruppen.

Die militärische Lage an der polnischen Front hat sich in den letzten Tagen zu unseren Ungunsten gewendet. Von der Hallerschen Armee sind bis jetzt 60 000 Mann auf polnischem Gebiet eingetroffen. Die Polen befinden sich jetzt aber auch im Besitze schwerer Geschütze, deren Mangel auf polnischer Seite uns bisher sehr zuflutete. Sie haben schweres Geschütz auch von Italien über Wien erhalten. Die Gefahren, die uns von polnischer Seite drohen, sind also wesentlich gestiegen. Die Verwendung der Hallerschen Truppen gegen Deutschland wäre allerdings ganz vertragswidrig, denn die Polen sollten diese Truppen ausschließlich gegen die Bolschewiki einsetzen. Eine solche Absicht hat bei den Polen offenbar gar nicht bestanden, denn die Bolschewiki in der Ukraine, gegen die die Polen die Hallersche Armee verwenden wollten, sind militärisch gar nicht in der Lage, in Galizien einzufallen. Die Ukrainer sind militärisch vielmehr längst erledigt, und die Polen verwirklichen mit geringen Kräften dort jetzt ihre rein imperialistischen Ziele. Sie haben das Petroleumgebiet besetzt, melden die Einnahme von Tarnopol und Drohobiez und marschieren weiter östlich. Alle Hallerschen Regimente und auch andere polnische Verbände, die an der Lemberger Front gekämpft haben, befinden sich auf dem Transport an die deutsche Ostgrenze. Insgesamt sind von den sechs Hallerschen Divisionen — über deren Qualität die Urteile übrigens sehr verschieden lauten — fünf durch Deutschland gereist. Auch nörd-

lich von Warschau machen sich polnische Truppenzusammenziehungen bemerkbar.

(„Voss. Ztg.“ v. 30. Mai, Nr. 272.)

Kein Verkehr mehr mit Polen.

Berlin, 28. Mai. Der Betrieb auf der Eisenbahnstrecke Kreuz—Posen, auf der allein der Verkehr mit dem gesamten polnischen Aufstandsgebiet vermittelt wurde, ist am 23. vollständig eingestellt worden, nachdem seit 20. der Personenverkehr gesperrt war. In der Gegend von Miala sind die Schienen aufgerissen und die Telegraphenleitungen zerstört worden. Infolgedessen hat der gesamte Post- und Telegraphenverkehr mit dem von den Polen besetzten Gebiet einstweilen eingestellt werden müssen. Die unterwegs befindlichen Sendungen werden zurückgeleitet und an die Absender zurückgegeben werden.

(„Germania“ v. 28. Mai, Nr. 240.)

Zusammenschluß aller Parteien in Oberschlesien.

Oppeln, 5. Juni. In Oberschlesien haben sich alle Parteien zur Abwehr zusammengeschlossen. Diese Bewegung fand gestern ihren Ausdruck in der Gründung eines „Zentral-Volkstrates für Oberschlesien“, in dem alle Parteien, von den Deutschnationalen bis zu den Unabhängigen, zusammengeschlossen sind. Der Zentral-Volkstrat hat keine behördliche Aufgabe, er kontrolliert nur die Behörden im deutschen Sinne. Sein Programm ist ein großzügiges Kulturprogramm. Man

will der oberschlesischen Bevölkerung die Vorzüge der deutschen Kultur nahebringen. Der Zentral-Volkstrat ist vorläufig als Unterausschuß aller Oppelner Parteien gegründet worden. Er besteht zunächst aus fünf Mitgliedern und soll demnächst noch ergänzt werden durch den Zutritt von Abgesandten aller oberschlesischen Landkreise. Vorläufig soll dieser Zentral-Volkstrat die nationale Stimmung, die jetzt in Oberschlesien herrscht, weiter pflegen und erhalten.

(„Tägl. Rundsch.“ v. 5. Juni, Nr. 276.)

Belagerungszustand über den Kreis Marienburg.

Thorn, 9. Juni. Nachdem in letzter Zeit wiederholt Anschläge auf das Artilleriedepot und militärische Posten und Anlagen von Marienburg verübt worden waren, wobei auch ein Munitionsschuppen mit Manöverkartuschen in Brand gesetzt wurde, ist durch den kommandierenden General des 17. Armeekorps über den Kreis Marienburg der Belagerungszustand verhängt worden. Der gesamte ostpreußische Grenzverkehr nach Deutschland innerhalb der Kreise Lyck, Margaerabowa und Goldap, mit Ausnahme der Übergänge bei Prositken und Czymochen, sind auf Anordnung des Generalkommandos Königsberg gesperrt worden.

(Drahtmeldung der „Voss. Ztg.“ vom 10. Juni, Nr. 289.)